

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

36 (15.2.1910) 2. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

Anzeigen: Die sechsspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg. Kleinanzeigen 60 Pfg. Totalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wafler in Karlsruhe.

### Die Etatsresolutions des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat eine große Anzahl von Etatsresolutions zum Reichsamt des Innern eingebracht und darin die dringendsten Wünsche für die einzelnen Berufsstände niedergelegt, wie folgende überblickt zeigt:

#### A. Für das Handwerk.

1. Den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, durch welche: 1. dem Handwerk, insbesondere dem Handwerksmeister, die den Meistererwerb zu führen berechtigt sind, und Vereinigungen selbständiger Handwerker (Zunungen, Genossenschaften) in weit höherem Umfang als bisher Aufträge bei Lieferungen an die Reichsverwaltungen zufließen; 2. jährlich dem Reichstage Nachweisungen über den Umfang dieser Lieferungen des Handwerks vorgelegt werden;

II Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche: 1. Bestimmungen zur Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, insbesondere soweit die Zugehörigkeit zur Handwerks- und Handelskammer in Betracht kommt, festgelegt und zur Ausübung der bezüglichen Streitigkeiten geschaffen werden; 2. die die Fabrikbetriebe mit handwerksmäßig ausgearbeiteten Arbeiter zu benutzenden Kosten herangezogen werden, welche den Handwerkerorganisationen für die gewerbliche Ausbildung des Handwerkerstandes erwachsen.

B. Für den kaufmännischen Mittelstand die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zur Erhaltung und Förderung des kaufmännischen Mittelstandes folgende Maßnahmen zu treffen: 1. Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes auf dem Lande, in den kleinen, mittleren und größeren Städten unter Berücksichtigung der Kontraktverhältnisse der verschiedenen Interessentengruppen in die Wege zu leiten;

2. Ferner, tunlichst auch den Kaufmannsstände zu beratenden Ausschüssen — Handelsinspektoren — einzuführen, welche an Stelle der Polizeibeamten die Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Geschäfte und Leberträge überwachen; dabei auch in Erwägung darüber einzutreten, ob und wie diese Ausschüsse Beamten für die Kontrolle des Ausverkaufswesens der Warenlager und Warenversteigerungen, sowie der Abzahlungsgeschäfte herangezogen werden können; 3. den Beamten des Reichs und der Einzelstaaten sowie den Offizieren die Leitung von Beamtenkonferenzen und Beamtenvereinen zu übertragen; 4. im Wege der Verhandlung mit den Einzelstaaten dahin zu wirken, daß in den Handelskammern dem Kleinhandel eine stärkere Vertretung gesichert wird; 5. eine Novelle zum Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte vorzulegen, wodurch den gleichlaufenden Interessen des Kaufmannsstandes wie des laufenden Publikums gegenüber den bisherigen Auswüchsen der Abzahlungsgeschäfte Rechnung getragen wird; 6. eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, durch welche die kaufmännische Lehrausbildung in gleicher Weise geregelt wird, wie die für das Handwerk.

Eine Anzahl hauptsächlich süddeutscher Zentrumsabgeordnete brachte noch folgenden Antrag ein: die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. auf eine stärkere Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über das Detailvertriebs- und Wandergewerbe, besonders in Süd-

deutschland bedacht zu sein; 2. eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, durch welche der Landesgesetzgebung gestattet wird, für den Flaschenhandel für Konzeptionspflicht einzuführen.

#### C. Für die Privatbeamten.

I. Die verbündeten Regierungen um Vorlegung von Gesetzentwürfen und um Anordnungen zu ersuchen, welche begreifen:

A. Bezüglich der Privatbeamten: 1. Ausdehnung der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik auf die Verhältnisse aller Privatbeamten; 2. Errichtung von Ausschüssen der Privatbeamten in größeren Betrieben; 3. eine gesetzlich anerkannte Standesvertretung der Privatbeamten; 4. Schaffung einer gesetzlichen Aufsicht über die Durchführung der Schugbestimmungen zu Gunsten der Privatbeamten; 5. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Privatbeamte in angemessenen Grenzen; 6. Einführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Privatbeamte; 7. Sicherung der Dienststellungen der Privatbeamten im Konkurs des Arbeitgebers.

B. Bezüglich der technischen Angestellten: 1. rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten mit den kaufmännischen Angestellten, insbesondere in bezug auf a. die obligatorische Zahlung des Gehalts am Monatslohn, b. die Fortzahlung des Gehalts bei militärischen Leistungen bis zur Dauer von 8 Wochen, c. das Verbot der Abzüge vom Gehalt der Beträge aus einer Krankheit- oder Unfallversicherung, d. die Ausübung des Dienstverhältnisses schon bei Kündigung des Dienstverhältnisses, e. die Kontarrenzverbot; 2. Gewährung angemessener Anbehalten, insbesondere der Sonntagsgelöhner, in erhöhtem Maße; 3. Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte auf die technischen Angestellten; 4. Anwendung der Bestimmungen Ziffer 1 bis 3 auf die technisch Angestellten in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, im Verkehrs- und im Bergbau.

II. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage tunlichst bald ein Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Geschäften der Reichsanwälte, Notare und Gerichtsbeamten, ferner der Beamten und Angestellten der Krankenkassen über die Arbeitszeit, die Kündigungsschutz, die Sonntagsgelöhner, die berufliche Ausbildung und Fortbildung die gleichen oder ähnliche Schugbestimmungen vorseht, wie sie das Handelsgesetz und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangestellten enthält.

#### D. Allgemeine Wirtschaftspolitik.

I. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf, betreffend Kartelle, Trusts und ähnliche Vereinigungen vorzulegen. Als Zielpunkte der Regelung werden zur Erwägung empfohlen: 1. Errichtung eines Reichskartellamtes, sei es als besondere Abteilung im Reichsamt des Innern, sei es als eigen Amtes nach Vorbild des Aufsichtsamtes für Privatversicherungen; 2. Festsetzung von Mindestpreisen bezüglich der Einnahmen, insbesondere betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten; 3. Verpflichtung zur Anzeige der Errichtung und zur Einreichung der Satzungen, insbesondere betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten; 4. Verpflichtung zur Anzeige der Errichtung und zur Einreichung der Satzungen, insbesondere betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten; 5. Führung eines Kartellregisters; 6. Aufsicht des Kartellamtes über die Geschäftsführung mit dem Rechte der Entsendung

eines Kommissars zu den Beratungen; Auskunftspflicht der Kartelle; 5. regelmäßige Veröffentlichungen des Kartellamtes; 6. Maßnahmen, die gegenüber denjenigen Vereinigungen getroffen werden können, welche die Bestimmungen des Kartellamtes nicht berücksichtigen.

II. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken: a. Die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, b. die Feststellung, daß § 153 der Gewerbeordnung auf diese Tarifverträge keine Anwendung findet; a. den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, durch welche bei Verlegung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen für das Reich die für die betreffenden Gewerbe bestehenden Tarifverträge berücksichtigt werden.

#### E. Für den Arbeiterstand.

1. den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Sicherung und zum weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter, insbesondere auch davon vorzulegen, daß Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des gesetzlichen Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden.

2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, a. tunlichst bald einen Gesetzentwurf, betreffend Nöherung der Gewerbeordnung, vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Kontrolle (§ 159 b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden; b. Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter ausgeben; c. zur Sicherung einer zweckmäßigen Gestaltung der Arbeitszeiten und Arbeitsnormen unter besonderer Berücksichtigung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen (Arbeitsvertragskammern, Jahressummenverträge, Gestellensausweise usw.) Gelegenheit zu gutachtlicher Äußerung zu geben.

3. die verbündeten Regierungen um Vorlegung von Gesetzentwürfen zu ersuchen, durch welche: 1. das Vergern einseitlich durch das Reich geregelt wird; 2. das Knappschaftsgesetz geregelt wird; 3. im § 74 des Knappschaftsgesetzes dem Ablage 2 folgender Satz beigefügt wird: „Die Vertreter der Versicherenden in der Generalversammlung (Knappschaftskassen) und im Vorstande müssen in gleicher Zahl gewählt werden.“ 4. den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, den Beirat für Arbeiterstatistik mit Beratungen darüber zu beauftragen, wie die Statistik zu verbessern und weiter auszugestalten ist.

Das sorgfältige Studium dieser reichlich überlegten Anträge, hinter denen ein großes Stück Arbeit der Fraktion steht, beweist jedem Zentrumsmittler, wie genau die Fraktion das Wirtschaftswesen verfolgt und für alle berechtigten Wünsche der verschiednen Stände eintritt.

### Deutscher Reichstag.

35. Sitzung.

Berlin, 14. Februar.

Beginn der Sitzung mittags 1 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über den Absatz von Kali-Salzen.

Handelsminister Schönerer begründet die Vorlage, auf deren Vorgeschiede er näher eingeht, um dann fortzuführen: Die Kali-Industrie selbst ist zu der Lieberzeug-

ung gekommen von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens. Die Kali-Industrie repräsentiert eine halbe Milliarde Mark. Sie beschäftigt 30 000 Arbeiter. Wenn wir ein Produkt haben, auf welches das Ausland angewiesen ist, so müssen wir diesen Schutz hüten. Das gilt vom Kali. Der Vorlage liegen drei Gesichtspunkte zugrunde: 1. die Kali-Industrie muß dem Inlande erhalten bleiben, 2. die Preise im Inlande sollen niedrig sein, 3. die Preise für das Ausland dürfen nicht niedriger sein als bei uns im Inlande. Der Entwurf schlägt deshalb für sämtliche Produzenten von Kali eine Verkaufsgemeinschaft vor. Der Minister geht dann noch auf die weiteren Details, die Bundesrats- u. Befugnisse, ein, besonders hinsichtlich der Preisnormierung im In- und für das Ausland. Gelange die Vorlage zur Annahme, so sei einerseits die Macht der schwachen Werke nicht mehr so wie bisher in der Lage, eine Preissenkung zu erzwingen, andererseits aber seien auch die schwachen Werke nicht mehr so wie bisher in der Lage, eine Preissenkung zu erzwingen. Die Kali-Industrie sei im großen und ganzen mit dem hier vorgeschlagenen Wege einverstanden, der auf 20 Jahre Geltung haben soll. Komme das Gesetz nicht zustande, so entfielen ein unternehmbarer Schaden für die deutsche Volkswirtschaft. In der Kommission würde auf das sorgfältige zu prüfen sein, ob nicht alle Schwierigkeiten überwinden werden könnten; ferner, ob nicht vielleicht an Stelle einer Zwangsverkaufsgemeinschaft einer bloßen Zwangsausfuhr-Gemeinschaft der Vorzug zu geben sei, während der Inland-Verkauf von jedem Zwange befreit bleibe im Interesse billiger Inlandpreise.

Hg. Heim (Zentrum): Wir haben hier ein Vorhaben ohne Beispiel, ein Privat-Monopol mit Staatshilfe. Der Kern in den Erwägungen des Handelsministers ist: es soll nicht an das Ausland veräußert werden. Aber verschleudert wird hier gar nichts, verschleudert wird nur dann, wenn billiger verkauft wird, als produziert wird. Und wenn schon einer Verschlechterung vorgebeugt werden soll, ja dann würde doch der Minister erst an ganz andere Sachen denken, an die billigen Auslandsverkäufe der Stahlwerke und Kohlenwerke. Hier wird ein doppeltes Mäkelchen umgegangen: das nationale. Das heißt ja alles (große Heiterkeit links) und das agrarische. Das heißt auch alles. (Erneute große Heiterkeit links.) Die Wirtschaftspolitik des Syndikats ist allerdings zu beurteilen. Wenn uns die Regierung in der Kommission noch Erläuterungen gibt, die ein solches Vorgehen absolut notwendig erscheinen lassen, so ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß auch wir uns der Notwendigkeit fügen. Mehrer bemängelt weiter unter anderem, daß der § 26 „vorläufige Beteiligungsziffern“ betreffend die Preise zu weiteren Produktionssteigerungen anreize.

Hg. v. Camp (Sp.) führt aus, seine Partei sei in erster Sorge, ob dieses Mittel auch zu einer Sanierung führen und nicht vielmehr den Zusammenbruch der Kali-Industrie noch beschleunigen werde. Wir haben große prinzipielle und sachliche Bedenken, hoffen aber auf eine Verständigung. (Beifall.)

Hg. Göttern (fr. Sp.): So ein Vergesetz hätten wir nicht erwartet. Auch ein Kartell-Gesetz hätten wir erwartet, so ein Kartell-Gesetz aber wirklich nicht. Nur die Preispolitik der Kali-Industrie hat die Lieberproduktion geschaffen, die rasche Zunahme der Kaliwerke zur Folge gehabt. Die preussische Bergverwaltung hat die schwere Schuld auf sich geladen, diese Politik zu unterstützen, obwohl sie durchaus in der Lage war, Preis-Ermäßigungen durchzuführen. Unter solchen Umständen könne der Staat gar nicht ausbleiben und direkt herbeigeführt hat ihn die preussische Bergverwaltung. Ich will Herrn Schmidtman nicht entschuldigen, aber wenn selbst der preussische Ministerpräsident verlangt, daß seine Wahlrechts-Vorlage ernst genommen werde, kann man doch Herrn Schmidtman keinen Vorwurf daraus machen, daß er eine amtliche Erklärung der Bergverwaltung-

hohen Preisen weiter verschärfen. Eine katholische deutsche Mission hat im Innern der Insel eine Niederlegung; einer unserer Kollegen, ein junger Sottler, fuhr dorthin, um sich Land zu erwerben und anzusiedeln. Da derlei eine für diese Gegend geeignete Handwerker kennt, das immerhin seinen Namen verdient, so glaube ich, daß er es zu etwas bringen wird.

In übrigen macht man auf Cuba alles den Amerikanern nach; amerikanische Sitten und Gebräuche sind schon ganz eingebürgert und die amerikanischen Kapitalisten führen die großen Unternehmungen aus.

Wir fahren am Sonntag Mittag von Habana ab und kamen am Mittwoch früh in Veracruz an. War man bisher den Tag über sorglos auf seinem Schanzenstuhl, den ich mir in Havre gekauft hatte, geflossen, so ließ mich jetzt der Gedanke an das kommende Los keine Ruhe mehr. Unwillkürlich schlug einem das Herz rascher und fröhlicher, war man jetzt ja am Ziel der Reise und Beginn des Kampfes um das tägliche Brot. Es war mir in diesen Augenblicken nicht ganz froh zumute. Ich hatte beschloffen, in Veracruz mich anschießen zu lassen und nicht bis Tampico weiter zu fahren, da mir die Seereteje jetzt zum Hals herausging.

Die Formalitäten der mexikanischen Einwanderungsbehörde waren sehr einfach, der Arzt kam in der Frühe an Bord, ließ sich jeden Zwischendecker vorstellen, fragte ihn nach Verus und Bestimmungsort und alles war erledigt. Nach Geld frug man nicht. Das Schiff war hier bis an den Landungsquai herangefahren und man konnte jetzt sofort an Land gehen. (Fortsetzung folgt.)

### Eine Reise nach Mexiko.

(Fortsetzung.)

Bei den grauenhaften, unhygienischen Zuständen des Zwischendeckers ist es nicht zu verwundern, wenn in diesem bisweilen Epidemien ausbrechen. Alle Epidemien haben ihre Ursache in Unsauberkeit und Schmutz ist der beste Kulturboden für deren Entstehung. Wenn nicht häufiger auf dem Schiff ankommende Krankheiten ausbrechen, so verdankt man das eben der reinen Luft, die bekanntlich am reinsten ist auf See. Unter gleichen Verhältnissen auf dem Lande gelebt, würden die Epidemien gar nicht zum Aufstehen kommen. Auf hoher See wurde auch geräuspelt. Ich ließ mich nicht darauf ein. Für Cuba ist Impfung vorgeschrieben und nicht zu umgehen, dagegen hier in Mexiko frug kein Mensch darnach. Auch besteht hier keine Vorschrift.

In Habana lagerten wir anderthalb Tage mitten im Regen; bisweilen fahren die Dampfer bis an die Landungsbrücke heran; in diesem Falle geht man wohl auch ohne Erlaubnis ans Land. Die kubanischen Behörden haben nämlich sehr strenge Einwanderungsbestimmungen, die auf das genaueste erfüllt werden. Der Schiffskapitän haftet persönlich für jeden Zwischendecker, der in Cuba aussteigt, ohne die Einwanderungskontrolle passiert zu haben, und es wird ihm eine Geldstrafe von 2000 Mark für jeden Fall auferlegt. Wer diese Summe beim Kapitän hinterlegt, konnte provisorisch in Habana aussteigen. Ich ließ mich genötigt, wie auch die anderen, wohl oder übel von der Befichtigung der Stadt Habana Abstand zu nehmen.

Auf dem Schiff mußten nun zunächst 11 Le Passagiere dritter Klasse vor einem kubanischen Arzt-

passieren behufs Befichtigung und Feststellung, ob keine ansteckende Krankheiten an Bord seien, da in diesem Falle das Schiff in Quarantäne kommt. Nachdem dies fertig war, wurden die Zwischendecker für Cuba eine zweite eingehende Untersuchung durch einen anderen kubanischen Arzt unterworfen und mußten ihr Geld vorweisen. Erfordert wird in Cuba ein Minimum von 40 oder 50 amerikanischen Dollars = 200 bis 250 Franken. Diese Formalitäten nehmen einen ganzen Vormittag in Anspruch; um Mittag endlich geht man die Auswanderer ans Land; wer so lange nicht warten will, konnte sich auf seine Kosten überlegen lassen, der Preis ist 1 antreilnehmer Dollar = 5 Franken. Man kann sich daraus schon einen Begriff machen, wie horrend teuer das Leben in Habana sein muß. Für die einfache Mahlzeit in einem sauberen Restaurant gabt man 5 Franken. Zimmer kosten 5 Franken = 1 Dollar die Nacht. Wir bekamen in Habana einen jungen Schweizer aufs Schiff, der ebenfalls hierher fuhr und 3 Wochen in Habana sich aufhalten hatte. Derselbe zeigte mir die fabelhaften Rechnungen, die ihm dort gemacht wurden. Von welchem Fieber ist Cuba fast ganz frei; Mexiko ebenfalls. Die Plage mit den Moskitos ist am Meer wenigstens ebenfalls nicht so schlimm, als es geschildert wird. Während unseres Aufenthalts im Hafen von Habana haben wir nicht das Geringste von dieser Plagegeister bemerkt. Dagegen hat man sehr viel gekümmert. Die Sonne brannte dort sehr heiß, kein Lüftchen regte sich und das Wasser lief einem Tag und Nacht ununterbrochen am Körper herab. Im Zwischendecker unten stank es, daß es nicht mehr zum Aushalten war. Ich zog vor, die Nacht oben im Freien zu verbringen. Glücklicher-

weise bekam man in Havana etwas für seinen ausgehungerten und ausgebürsteten Magen. Die Boote kamen mit Lebensmitteln, Früchten, Getränken bis ans Schiff heran; wer Geld hatte und ausgeben wollte, konnte sich nun nach Selbstenlust verproviantieren. Ich leistete mir einige Duzend Ananas, die mir nach so langer Entbehrung ein wahrer Balsam waren. Dese Früchte sind in Cuba sehr billig; man bezahlte 25 Centimes für einen Ananas, der in Paris 5 bis 6 Franken kostet. Am Lande selbst sind sie natürlich noch billiger.

Havana ist ganz im maurischen Stil gebaut und macht von ferne ganz den Eindruck einer orientalischen Stadt. Es hat dort schöne Gebäude; alles ist aber niedrig gehalten, ein, selten zwei Stockwerk hoch und die Häuser haben ganz ebene, d. h. horizontale Dächer, auf denen man spazieren gehen kann. Das ganze Jahr ist es dort gleichmäßig warm, richtiger gesagt heiß. Herren wie Damen führen stets einen Fächer bei sich, um sich Abkühlung zu machen. Die Forts wie der Hafen zeigen noch Spuren des letzten spanisch-amerikanischen Krieges; aus dem Wasser ragen die Schornsteine und Umrisse verschiedener untergegangener Kriegsschiffe empor. Auf Cuba leben wenig Deutsche, um so mehr natürlich Spanier und deren Abkömmlinge. Die niedrigen Arbeiter werden von Negern und Halbnegern und Chinesen verrichtet, die um ein Spottgeld des Tageslohnes sich deshalb dort ganz miserabel. Das Land ist zum größten Teil bebaut und in den Händen der Großgrundbesitzer, und Landbesitzer besorgen das übrige. Letztere sind großkapitalistische Unternehmungen, welche sich von der Regierung Konzession für große Ländertrecken erwerben und dann die Terrains in kleinen Parzellen zu enorm

Das Syndikat sei aufgelöst, ernst nehme und nicht für einen bloßen Eingriff ansehe. Bedner übt weiter scharfe Kritik an dem ursprünglichen Vorwurfs, der sogar mit Annulierung der Befreiungsbedingung nach Amerika droht und ebenso an dem jetzt vorliegenden Entwurf. Nur ein Schlüssel gelte als den freien Wettbewerb. Der Entwurf liegt weder im Interesse der Landwirtschaft noch in dem der Industrie, sondern nur in dem der Spekulation. Darum sind wir prinzipiell dagegen. (Beifall links.)

Minister Sydow weist die Vorwürfe des Redners zurück. Die Industrie habe niemals für höhere Preise zu zahlen gehabt als sie hohe tragen können. Herr Gothein bleibe aber bei dem alten menschlichen Prinzip des Spieles der freien Kräfte. Der Redner sagt, der Handelsminister hätte auf Verbilligung der Rohstoffe hinwirken sollen. Er, der Minister, wisse nicht, wie das hätte geschehen sollen, ohne daß von der Gegenseite über unbedingtes Eingreifen des Staats getagt worden wäre. Nebenfalls wäre es jetzt volkswirtschaftlich total unrichtig, so und so viele schwächere Werke zugrunde geben zu lassen. Die Exerz von Gang und beim hätten den Ausschlag zur Ermöglichung gestellt. Die Frage würde aber daran scheitern, daß ein Scheinpreis zugrunde gelegt würde. Auch sonst liegen Bedenken dagegen vor.

Oberbergshauptmann von Belsen tritt sodann den Angaben des Abgeordneten Gothein entgegen. Abg. Hausmann (natl.) führt aus, man könnte in der Tat das Bedenken hegen, ob nicht etwa dieses Vorgehen den Anfang zu einem Vorgehen auch gegen andere Produktion bilde. Von der Beantwortung dieser Frage würden seine Freunde ihre definitive Stellungnahme abhängig machen.

Abg. Rüdiger (kon.) weist auf die nationale Gefahr hin, die dadurch entsteht, daß ausländisches Geld von deutschen Metallwerten Besitz ergreift. Bedner wendet sich dann gegen den Abgeordneten Gothein, dem die Landwirtschaft nicht angelehrt werden dürfe, dem die Landwirtschaft der freien Wirtschaftspolitik. Der Kommissionsbericht stimme mit zu. Wenn wir ein Verbot im Interesse der Arbeiter verlangen, dann tut die Regierung nichts, wenn es sich aber um Unternehmerrückstände handelt, ist sie zu allem bereit. Wir verlangen billige Rohstoffe für das Inland, namentlich im Interesse der Kleinrentner. Nach weiterer Debatte und einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen erfolgt Verlegung. Morgen 1 Uhr Fortsetzung, dann Stellenvermittlungsgesetz, Hausarbeitergesetz und Arbeitskammergesetz. Schluß halb 9 Uhr.

### Badischer Landtag.

Unberichtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

#### Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 14. Februar.

35. öffentliche Sitzung.

Präsident Mohrhubert eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Die Kränken sind stark besetzt.

Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissare.

Zm Einlauf befindet sich u. a. ein Schreiben des Abg. Edm. Schmidt (Zentr.), wonach er zum Oberlandesgerichtsrat ernannt und damit sein Mandat erloschen sei. Es muß daher eine Neuwahl stattfinden.

Auf der Tagesordnung steht die Petition des Kunstgewerbevereins Forzheims um Uebernahme des von der Stadtgemeinde Forzheim angeforderten Betrags für Erweiterung des Kunstgewerbegebäudes daselbst auf die Staatskasse.

Berichterstatter Neuhans (Ztr.) legt die Verhältnisse und die Wünsche der Petition kurz dar und beantragt namens der Kommission, die Petition des Kunstgewerbevereins Forzheim der Großen Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Großen Regierung ersucht werde, erneut mit der Stadt Forzheim in Verhandlungen zu treten und den Kostenbetrag bis zur Hälfte auf die Staatskasse zu übernehmen.

Abg. Dornwald (frei.): Die Stadt bewilligte 100 000 M. Das war der Regierung nicht genug. Es wurden weitere 150 000 M. gefordert. Nur mit Protest habe die Stadt weitere 150 000 M. bewilligt und dabei den Wunsch ausgedrückt, daß die Stadt endlich von weiteren Beiträgen für die Kunstgewerbegebäude verschont bleibe. Bedner zählt die großen Anlagen der Stadt Forzheim auf, die an die drei- bis vierfachen Mannheimer heranreichen. Mehr zu leisten sei nicht möglich. Die Großen Regierung habe allen Grund, entgegenzukommen, zumal die Stadt ihre Anforderung auf die Hälfte reduziert hat. Für die Rechn. Hochschule wird viel, sehr viel ausgegeben, für die Fachschulen sehr wenig.

Abg. Stodinger (Soz.): Die Sache sei dringend geworden, weil das Bauwerk schon in Angriff genommen ist. Es ist wünschenswert, daß die Bibliothek und die Räume des Kunstgewerbevereins mit der Schule räumlich verbunden bleiben. Es habe die Nachforderung von weiteren 150 000 M. sehr viel böses Blut gemacht. In Gmünd ist die Schule, die Sammlung räumlich in der besten Weise untergebracht. Wenn der Bau in Forzheim unterbleibt, ginge die Verbindung mit der Industrie verloren. In der Kommission wurde gefragt, ob denn die Forzheimer Industriemagnaten nicht reiche Stiftungen machen wollen. Innerhalb acht Tagen ist darauf nicht zu rechnen. Die reichsten Leute haben auch nicht das Interesse an der Sache, weil sie nicht so unmittelbar auf die Schule angewiesen sind wie die kleinen und mittleren Fabrikanten. Den meisten Schaden hätte die Schule und dann die Industrie. Er bitte dem Antrag des Berichterstatters zuzustimmen.

Minister v. Bodman: Dem Wunsche des Berichterstatters, über diese Sache nachzudenken, bin ich bereits nachgegeben, ich kann aber meinen ablehnenden Standpunkt nicht aufgeben. Ich verkenne die Bedeutung der Forzheimer Industrie nicht. Auch in der vorliegenden Sache ist die Regierung soweit gegangen, als es möglich war. Die geschichtliche Entwicklung der Kunstgewerbeschule ist nicht lidenlos vorgetragen worden. Die Schule ist 1876 als städtische Anstalt gegründet und wurde 1887 als Staatsanstalt übernommen, wogegen die Stadt Warund andere Beiträge, das Gebäude usw. stellte. Die Stadt hat, als das alte Gebäude nicht mehr genügte, einen Bauplatz für 110 000 M. gekauft, wofür ihr die Heizung und Beleuchtung im jährlichen Betrag von 5000 M. abgenommen wurde, das ist die unentgeltliche Stellung des Bauplatzes. Das Projekt wurde geprüft und auf 1 200 000 M. geschätzt. Das war viel zu viel. Die Regierung verlangte eine Reduzierung auf mindestens 500 000 M. Der südliche Flügel sollte wegbrechen. So wurden die Kosten auf 700 000 M. reduziert. Da aber nur 500 000 M. aufgewendet werden sollten, konnte von der

Erstellung des Baues keine Rede sein, wenn die Stadt nicht einen namhaften Beitrag neben dem Bauplatz bewilligte. Es wurde von der Stadt verlangt, daß sie ein Drittel der Bau Summe von 800 000 M., also 266 000 M., bewillige. Die Stadt hat aber nur 100 000 M. bewilligt. Die Behauptung, der Staat habe nur 100 000 M. verlangt und sei dann mit einer weiteren Forderung gekommen, ist durchaus unrichtig. Der Staat trägt jetzt 500 000 M. Ohne den Kunstgewerbeverein ist das Projekt in das Budget aufgenommen worden und hat Genehmigung gefunden. Die Regierung ist nicht der Meinung, daß der südliche Flügel, der wegen des zu hohen Voranschlags gestrichen wurde, nun für den Kunstgewerbeverein auf Staatskosten erbaut werden soll. Die Regierung ist nicht gegen den Bau durch die Stadt. Diese macht dabei kein schlechtes Geschäft. Nur 81 Schüler waren nicht heimatberechtigt in Forzheim. Gegenüber Schw. Gmünd kann sich der badische Staat sehen lassen. Dort wurde ein Schulhaus erstellt für 260 000 M., wogegen die Stadt die Hälfte beitrug. Ich kann nur bitten, daß das Haus dem Antrag der Mehrheit der Budgetkommission nicht beistimmt.

Abg. Kopf (Ztr.): Wenn die Forzheimer die Angliederung des Kunstgewerbevereins an die Schule für erforderlich halten, finde ich es begründet; wenn aber der Staat zu Gunsten eines Vereins nach den großen Opfern noch weitere Kosten übernehmen soll, so finde ich das nicht für berechtigt. Gegenüber anderen Staaten können wir uns sehen lassen. Auch in Freiburg wollten wir an die Gewerbeschule eine Sammlung angliedern. Die Kosten waren uns aber zu hoch; an den Staat heranzutreten, fiel uns nicht ein. Der Staat hat für Forzheim schon viel getan. Man muß auch die Konsequenzen fürchten; man müßte anderen Städten, die ähnliche Bestrebungen haben, ebenso entgegenkommen. Unsere Finanzlage ist nicht so, daß wir die sehr leistungsfähige Stadt Forzheim in so weitgehendem Maße unterstützen können, die in ihren Umlagen weit hinter anderen Städten und namentlich den Landgemeinden, zurückbleibt. Wir würden uns da eine große Verantwortung aufladen. Ich mache diesen Schritt nicht mit. Ich meine, es wäre angemessener gewesen, wenn die Vertreter von Forzheim der badischen Volksvertretung gedankt hätten für ihre große Mühseligkeit. Ich beantrage, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Neumann (natl.): Er wisse nicht, ob Stodinger durch die Art, wie er die Sache behandelte, für sie Fremde zu erwerben vermöge. Ich muß auch die Anrempelungen auf den Kunstgewerbeverein direkt zurückweisen. Die Regierung trifft kein Tadel. Bedner tritt im weiteren für die Annahme des Kommissionsantrages ein. Wir verstehen bis zu einem gewissen Grad die Haltung der Regierung; wir haben uns in der Kommission gesagt, daß ein großes Werk geschaffen werden soll und nachdem die Stadt Forzheim weiter entgegenkam, entschlossen wir uns zu dem Ausweg, daß der Staat die Hälfte der Kosten übernehmen soll. Er bitte also, die Petition in dem Sinne des Antrags empfehlend zu überweisen.

Abg. Stodinger (Soz.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe, die ihm wegen der Behandlung der Sache und des Kunstgewerbevereins gemacht wurden. Er habe heute „sehr vernehmend gesprochen“ (Geisterzeit). Wenn der Kunstgewerbeverein nicht einwandern darf, wird der Staat für diese Zwecke aufkommen müssen. Die Umlage von Forzheim werde von 30 Pf. auf 32 Pf. erhöht werden. Er bitte, dem Antrage Kopf die Zustimmung nicht zu geben.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Als Vertreter einer anderen Industriestadt wolle er der Petition seine Sympathie aussprechen. Ich kann mich nur auf den Standpunkt Kopf stellen. Wir müssen den Kunstgewerbeverein dankbar dafür sein, weil er seine Sammlungen der Schule zur Verfügung stellt. Die Staatseinnahmen werden durch das Aufblühen der Industrie Forzheims ganz bedeutend steigen. Der Staat müßte daher auch für diese Schule in den Beutel greifen. Daß die Sammlungen für die Schule von großem Werte sind, hat der Abg. Neumann dargelegt.

Der Antrag Kopf u. Gen., über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, wurde abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt die Beratung des

#### Statts der Volksschulen.

Präsident Mohrhubert teilt mit, daß der Minister wegen Unwohlseins verhindert ist, bezuwohnen. In der Debatte sollen nach dem Beschluß des Seniorenkongresses nicht berührt werden die Gehaltsfragen, die Aufschlagsfrage, die Erweiterung der Schulpflicht und die Leistungen der Gemeinden.

Berichterstatter Abg. Kolb (Soz.): In den letzten Schuldebatten über die Hochschulen und Mittelschulen hat sich ergeben, daß man mit ihrem Stand zufrieden sein kann. Das sei bei der Volksschule nicht der Fall. Es gebe Schulen auf dem Lande, wo ein Lehrer 100 und mehr Schüler zu unterrichten hat, während es Mittelschulen gibt mit 6 und 7 Klassen, die nicht mehr Schüler zählen, als hier ein Lehrer zu unterrichten hat. Schule und Volkswirtschaft hängen auf das engste zusammen. In Bezug auf die Bildung ist für die breite Masse des Volkes das Beste gerade gut genug. Was der einzelne leistet, kommt auf der Gesamtheit zu gute. Wenn man hier part, part man am falschen Fied. Heute ist auch der Landwirt vom Weltmarkt abhängig; um diesen zu verstehen, muß er aber die nötigen Kenntnisse haben. Der Landwirt muß sehr tüchtiges leisten können, wenn er im Konkurrenzkampf bestehen will. Die Fachbildung und Volksschulbildung hängen aufs engste zusammen. Man spricht heute von einem Bildungsdünkel. Es gibt einen solchen. Aber es ist kein Bildungsdünkel, wenn ein Handwerker sich eine tüchtige Bildung verschafft. Die Ausbildung in der Volksschule soll eine harmonische sein, nicht nur der Verstand, sondern auch der Wille und das Gemüt soll gebildet werden. Sehr einflussreich ist da die Umgebung. Die alten Schulräume sind meist kalt und kühl gehalten. Man kann, was die Architektur betrifft, heute ganz schönes erreichen, ebenso auch in der Innenausstattung. Er erinnere da nur an die Bilder des Künstlervereins. Die Erziehung leide aber sehr nur, wenn mehr als 70 oder 80 Kinder in der Schule beisammen sind. Wir haben alles Interesse daran, diese Mißstände zu beseitigen. Um das Gesetz von 1906 zur Durchführung zu

bringen, hat man Kombinationsklassen gebildet. Das kann aber auf die Dauer nicht befriedigen. Die Klagen vom letzten Landtag über die erweiterte Unterrichtszeit scheinen glücklicherweise verschwunden zu sein; 20 Stunden in der Woche sollten doch das Mindestmaß sein. Es sollte in der Volksschule mehr gelehrt werden. Das, was in den gehobenen Volksschulen, den Mitterschulen, gelehrt wird, sollte auch in der Volksschule möglich sein. Je mehr Bildung man hat, desto lieber arbeitet man. Der einzelne wird mehr und mehr dazu gedrängt, Qualitätsware zu liefern; dazu braucht man Qualitätsmenschen, die nur durch bessere Bildung erreicht werden. Die Rohheitsbedürfnisse sind gewiß zahlreich, aber zahlreicher nicht als früher; die Menschen sind besser geworden. Bedner bringt einige Spezialwünsche vor. Es sollen mehr Kreisräte angestellt werden. Die Lehrer jüdischer Konfession brauchen oft 10 bis 12 Jahre bis sie etatsmäßig angestellt werden. Sie wünschen frühere Anstellung. Wir kennen die Novelle zum Elementarunterrichtsgesetz noch nicht. Wir hoffen, daß sie in fortgeschrittenem Sinne gehalten ist.

Abg. Wiedemann (Ztr.): Als Angehöriger des Volksschullehrerstandes wolle er hier sprechen. Er möchte, daß die Schulnovelle bald komme und der Ziel Elementarunterrichtsgesetz durch Volksschulgesetz ersetzt werde. Es sei erträulich, daß eine große Zahl von neuen Soziallehrerstellen angefordert wird. Wenn der Lehrer 60 und mehr Schüler habe, sei die individuelle Behandlung nicht in der Weise vorzunehmen, als bei kleiner Schülerzahl. Mehrforderungen werden antizipationsgemäß genehmigt werden. Die etatsmäßigen Stellen stehen in keinem Verhältnis zu den nichtetatsmäßigen Stellen. Es gebe hier wie bei einem Hausbesitzer, der es veräumt, einen Ziegel nachzugeben; es leidet das ganze Haus. Wichtig sei neben der Ausbildung auch die Fortbildung der Lehrer. Was sagt man, wenn die Lehrer eingeladen werden zur Verbesserung des Bundes von Scharrelmann, der der extremen Pädagogik halbtätig und ein Feind der christlichen Weltanschauung ist? Wenn junge Lehrer das Buch kritisieren sollen, werden sie es loben, weil sie noch nicht die nötige Reife haben. Man braucht jetzt nicht mehr eine doppelte Dienstprüfung, eine gemeinschaftliche genüge, die von Seminarlehrern vorgenommen werden soll. Ueber den Unterrichtsplan haben wir uns das letztemal viel unterhalten. Wir hatten früher einen Minimallehrplan, heute einen Maximallehrplan. Er halte den ersteren für besser. Die Einführung des Normallehrplans hat auf dem Schwarzwald viele Mißstände gesetzt, die durch das Entgegenkommen der Regierung beseitigt wurden. Der Kombinationsunterricht hat viele Mißstände gesetzt. Der eine Lehrer wurde entlastet, der andere wird belastet. Daß ein Lehrer gleichzeitig die eine Klasse schriftlich, die andere mündlich beibringt, ist unzulässig; er muß doch auch die schriftlichen Arbeiten prüfen, sonst haben sie keinen Wert. Bei einer Änderung des Unterrichtsplans sollte man auch im Gefangenenunterricht Erleichterungen treffen. Wir leiden auch darunter, daß den Kindern deutsche und lateinische Schreib- und Druckschrift beigebracht werden muß. Es sollte mehr Stetigkeit eintreten. Die Kreisräte haben ihre eigenen Ideen; das ist ihnen zu verzeihen. (Geisterzeit.) Aber es sollte darin nicht so viel Wechsel stattfinden. Bedner erwidert Bedner wegen der Beziehung des Vorstandes des kathol. Lehrervereins zur Revision des Lehrbuchs und entgegengetret. Kolb, der die Landschulen herabgesetzt hat, daß die Landschulen gutes leisten. In sozialdemokratischen Flugblättern sei viel davon die Rede gewesen, daß unsere Landschulen die schlechtesten seien. Das ist nicht wahr. Er möchte vorschlagen, Unterrichts-kurze abhalten zu lassen für Lehrer an Fortbildungsschulen. Dabei soll die Landwirtschaft weitgehend berücksichtigt werden. Er wolle aber nicht, daß die Fortbildungsschulen zu Landwirtschaftsschulen gemacht werden. Bedner kommt auf das Gesetz der liberalen Presse über die Wochenbucheinträge, Teilnahme der Geistlichen an Erbschaft und Einschätzung in die Schülerbibliothek. Man hat behauptet, das seien Eingriffe in die Aufsicht. So etwas läßt doch der Oberlehrer nicht zu. Bei den Wochenbucheinträgen der Geistlichen handelt es sich um eine Einrichtung, die so alt ist, wie das Wochenbuch selbst. Wir waren uns kürzlich einig gegenüber der Schulpflicht. Was ist da dabei, wenn der Geistliche mit dem Lehrer zusammenwirkt in der Schulbibliothek. Wer das nicht will, der zeigt, daß er für die Trennung von Kirche und Staat ist. Daß die Hohen nicht zugekommen, ist nicht wahr. (Kolb: Oberbayern!) Wir sind hier in Baden. Ohne die Kirche ist eine Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht möglich. (Bewegung und Widerspruch bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Geiß (Soz.): Wenn kein zwingender Grund vorliegt, sollte man nicht so gegen die Sozialdemokratie vorgehen, wie es eben geschehen. Ich habe leider keine höhere Schule, sondern nur eine Volksschule besucht, die damals zu den minderwertigsten gehörte. Die Vertreter der ländlichen Bezirke behaupten immer, daß unsere Volksschulen genügen, um die Schüler für den Kampf ums Dasein zu befähigen. Man weiß nicht, in welche Stellung ein Kind einmal kommt. Ich hätte mir nicht getraut, daß ich einmal in einem anderen Land meine Erläuterung gründen müßte und daß ich da einmal Abgeordneter, ja sogar erster Vizepräsident werden würde. (Geisterzeit.) Deshalb kann man auch nicht sagen, daß die geringe Schulbildung genüge. Der starke Zudrang zu den Mittelschulen sei ein Zeichen der Zeit und besonders ein Zeugnis für die Volksschule. Er zeigt, daß man mit den Leistungen der Volksschule unzufrieden ist. Es hat seine praktische Bedenken, wenn der Landwirt oder Handwerker seinen Sohn in eine bessere Schule schickt, weil er dann glaubt, er müsse Beamter oder Kaufmann werden und sei zu gut für Arbeiten im Stall oder in der Werkstatt. Wir müssen daher dafür sorgen, daß an den Volksschulen Verbesserungen vorgenommen werden. Es wäre eine müßige Liebertreibung, wenn man nicht anerkennen wollte, daß in den letzten Jahren viel an Verbesserungen erzielt wurde. Wir müssen bei den 500 000 M., die eingesetzt sind, um die notwendigen Schullokale zu erstellen, den guten Willen der Regierung anerkennen. Den Wünschen des Berichterstatters bezüglich des Unterrichtsplans könne er sich anschließen. Des weiteren befragt Bedner Spielnachtsmittage. Die Aufwendungen an Zeit und Geld seien hier nicht vergeblich. Der Schul-

beginn soll nicht nach dem Kalender des katholischen Klerus eingerichtet, sondern an einem bestimmten Tag festgelegt werden. In Württemberg sei der 23. April gewählt; er wäre für den 1. Mai (Geisterzeit), nicht wegen des Weltfeiertages, sondern weil sich hier die Natur neu entwidelt. Wir haben im vorletzten Landtag die Beilegung der fürperl. Jüdisierung verlangt. Es wird in unseren Schulen auch viel zu viel — ich will nicht jagen — geprügelt, aber zu viel körperlich gequält. Ich weiß es noch von meiner Schulzeit her, wie es tut. (Geisterzeit.) Die Schulverwaltung sollte ebenso wie in den Mittelschulen die körperliche Züchtigung verbieten. Es würde trotzdem noch genug übrig bleiben. Daß im Religionsunterricht mehr gequält wird, als in einem anderen Unterrichtsgegenstand, unterliegt keinem Zweifel. (Widerpruch im Zentrum.) Er konnte Jüdisierung anführen. (Zuruf: Stillsitzen!) Keine Stillsitz, aber Aushörungen von liberalen Vätern und Mäthern. Es entspreche nicht der Liebe Christi, wenn beim Religionsunterricht so viel gequält wird. Die Religion soll mit Ueberzeugung, nicht mit dem Stock beigebracht werden. Es sind mir Klagen vom Land und der Stadt zugegangen. Die Großen Regierung sollte die Sache untersuchen. Von St. Georgen sei ihm die Klage zugegangen, daß die Kinder dem Religionsunterricht zugezogen werden, obwohl die Eltern das nicht wollen. Was die Trennung der Schule von der Kirche anlangt, so erkläre ich offen und bin beauftragt, namens meiner Fraktion zu erklären: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Schule und Kirche getrennt von einander gehalten werden sollen. Wie die Kirche dann ihrerseits einen Weg findet, trotzdem der Religionsunterricht dann aus der Schule ausgeschieden wäre, den Religionsunterricht zu erteilen, das wäre ihre Sache, darüber gerbede ich mir zurzeit kein Kopf nicht. Ich bin der Ansicht, daß es dann Aufgabe der verschiedenen Religionsgemeinschaften ist, nach wie vor dafür zu sorgen, daß trotz der Trennung von Kirche und Schule die Religiosität nicht aus der Welt geschafft wird. Ich sage das, damit man nicht wieder jage, damit kennzeichnen wir, daß wir Feinde jeder Religion seien. Es wird sich ein Weg finden, mit dem die Religionsgemeinschaften sehr gut auskommen. Es wird mir von sachmännlicher Seite mitgeteilt, daß wir schon einen Bundesstaat hätten, wo Trennung von Kirche und Schule praktisch durchgeführt ist. Meinungen. Wenn es möglich ist im Staate Meinungen, wird es auch möglich sein im Baden. Ich weiß wohl, daß die Regierung nicht der Meinung ist, daß diese Trennung von Kirche und Schule bei uns notwendig ist. Ich weiß auch, daß sie nicht die Lust dazu hat, wenigstens vorläufig nicht, dieser Frage näher zu treten. Dessenungeachtet unterlassen wir es nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Trennung von Kirche und Schule mehr erfolgen wird, als das heute der Fall ist, und daß es dazu kommen wird, daß man diese Frage ins Praktische umgehen gezwungen sein wird.

Eine weitere prinzipielle Frage ist die, daß eine

Verstaatlichung der Volksschule stattfindet, also nicht wie heute, halb Institut der Gemeinde, halb Institut des Staates. Wir sagen, daß die Volksschule, wenn sie richtig geleitet sein soll, die Kosten den Gemeinden abgenommen werden müssen. Die Gemeinden werden nicht in der Lage sein, dauernd die Kosten auf sich zu nehmen und den Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes nachzukommen. Man wird sagen, das ist nicht möglich, daß der Staat die Kosten aufbringt, das gäbe einen Steuerzettel, der so hoch wäre, daß man ihn nicht ertragen könnte. Wenn man dabei aber in Betracht zieht, daß die Gemeinden dabei von den Schullasten befreit werden, wäre die Möglichkeit jedenfalls gegeben. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß wir vorerst nicht daran denken dürfen, nicht glauben dürfen, daß man in Baden diese Frage löst; soweit ich die Berichte der letzten Jahre gelesen habe, heißt es in den Ausführungen des Kultusministers, daß, solange er an dieser Stelle seinen Platz haben werde, wir Sozialdemokraten jedenfalls nicht daran zu denken brauchen, daß sie durchgeführt wird. Wir sind der Meinung, daß wenn nach dem Willen des Volkes die Volksschule so ausgestaltet wird, wie es sein soll und dies bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt ist, es nicht anders geht. Was ist da dabei, da wird sie sein, was sie sein soll, eine Lehranstalt für die breite Masse des Volkes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ref (natl.): Nach der Entwicklung, die die Volksschule durchgemacht hat, ist die Gemeindeamtszahl und wir sind der Meinung, daß es so bleiben soll. Es dürfte sich empfehlen, daß wenn die Gemeinden den Wunsch äußern, diesen oder jenen Lehrer zu bekommen, sollte man ihre Wünsche, soweit nicht schultechnische Bedenken vorliegen, berücksichtigen. Der neue Normallehrplan hat viel Staub aufgewirbelt. Man ist aber jetzt damit zufrieden und hat sich abgefunden. Nach meiner Anschauung wäre es recht und billig, daß die Regierung, soweit wegen des Lehrermangels oder des Fehlens genügender Lokale Ueberstunden nötig sind, sich an den Kosten für die Ueberstunden beteiligt, in dem Maß, wie sie auch an den Beiträgen für die Lehrer sich beteiligt. Es ist kein allgäußer Lehrermangel mehr vorhanden, aber ein viel größerer Mangel an Schullokalen. Eine halbe Million sei für diesen Zweck angefordert. Was ist das für so viele; 400 Gemeinden sollen daran teilnehmen. Der Betrag sollte deshalb erhöht werden. Die Beträge, die hier angelegt werden, würden sich viel mehr rentieren als die Ausgaben für die großen Hofhöfe. Bedner bittet, daß im Interesse der Förderung der Schulhausbauten den Gemeinden außerordentliche Zuschüsse genehmigt werden. Es soll auf die Behörden in diesem Sinne eingewirkt werden, damit der Poststand, den wir an der Schule haben, behoben wird. Er bezweifle, daß alle Gemeinden, die in nächster Zeit Schulen bauen müssen, darauf aufmerksam gemacht sind. Wenn die Gemeinden auf Jahre hinaus darauf aufmerksam gemacht werden, wird es mit den Schulhausbauten viel rascher gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichts vornehmen soll. Allerdings, wenn der Lehrer aus inneren Gründen das nicht wünscht, haben die Kirchen selbst ein Interesse daran, daß der Lehrer davon befreit wird. Der Konfirmandenunterricht kann noch wie vor in der bisherigen Weise erteilt werden. Die Lokation sollte beibehalten wer-



Mittwoch, den 16. Februar, abends halb 9 Uhr, findet im oberen Saal der Vier Jahreszeiten (Fehlfstraße), der erste der politischen Vorträge statt. — Redner Herr Rechtsanwalt Dr. Trunk (Zentrum).

Wir bitten die Frauennwelt Karlsruhe um recht zahlreiches Erscheinen. Veranstalter: Die Ortsgruppe des bad. Verbands für Frauenstimmrecht, der Verein Frauenbildung — Frauenstudium, und die Rechtsanwaltsstelle für Frauen.

Katholischer Männerverein der Oststadt. Mittwoch, den 23. Februar, abends halb 9 Uhr, findet im Vereinslokal zum Saalbau, Bachmühlstraße, unsere diesjährige ordentliche Hauptversammlung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Bericht der ausscheidenden Ausschussmitglieder, 3. Bericht der Vertreter zum Ortsauschuss, 4. Beratung etwaiger Anträge.

Anträge müssen mindestens 5 Tage vor dem Tage der Versammlung schriftlich dem 1. Vorstand eingereicht werden. Wir laden unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen ergebenst ein. Die Vorstandschaft.

Große Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe. Wir bitten alle diejenigen, die noch Forderungen an uns haben, ihre Rechnungen bis spätestens 20. ds. Mts. der Abrechnung wegen einzureichen. Lieferungen zc., über die wir bis zu genanntem Tage Rechnungen nicht besitzen, betrachten wir als Stiftungen. Der Sekretär.

10-20% Rabatt wegen Geschäfts-Aufgabe. Konserben: Erbsen, Bohnen, Karotten, Champignons, Tomaten, puree, Dorsch, Seelachs, Sardinen, Thunfische, Salmontörche, Spritze in Gelee, Sardellen und Anchovis-Früher, Gurken, Camern, Witzelschokolade, Citrus, engl. Zander, deutsche u. franz. Senf, Mirabellen, Zwetschgen, Aprikosen, Pfirsiche, Kirschen, californische Feigen, Marmelade.

Liköre u. Weine: Chartreuse, Garnier, Sherry-Brandy, Martell, Cognac, Witzelschokolade, Citrus, engl. Zander, deutsche u. franz. Senf, Mirabellen, Zwetschgen, Aprikosen, Pfirsiche, Kirschen, californische Feigen, Marmelade. L. Dörflinger, Waldstraße 45.

Städt. Vierordtbad Schwimmbad. Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktags vormittags 9-11 Uhr und nachmittags 1/3-1/5 Uhr sowie Freitags von 6-1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Für Herren und Knaben geöffnet: Werktags vormittags 8-9 und 11-1 Uhr, nachmittags 1/5-8 Uhr. Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 1/3-9 Uhr und Sonntags vormittags 8-12 Uhr. Städtisches Frankenhaus.

Bekanntmachung. Herrschaften. Dienstboten. Zur Beachtung! Vertäglich 4-6 Uhr nachmittags völlig unentgeltliche Vermittlung von Hausangestellten jeder Art. Besonders Unterhandlungszimmer. Städt. Arbeitsamt, weiblicher Arbeitsnachweis. Geschäftszeit: 8-12 1/2 und 2-7 Uhr, Telefon 629.

Bitte. Wer kennt meiner Diasporakirche in Wiesbaden-Hochheim einen neuen, oder gut erhaltenen alten Kreuzweg von der ungefähren Bildgröße 60x40, Rahmen womöglich im Barockstil? Pfarrer Steinbach, Honau, bei Regl.

2 Küchenmädchen zum sofortigen Eintritt gesucht. Städtisches Frankenhaus.

Günstiges Angebot für Brautleute! in kompletten englischen Schlafzimmern.

Schlafzimmer I bestehend aus 2 Bettstellen, 2 Nachttischen, 1 Waschkommode mit Spiegelanfang und Kristallglas, 1 Schrank, 130 cm groß, mit Antarktis, 1 Handtuchhänder. Mf. 190

Schlafzimmer II 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang mit Kachelinlage, 1 großer, zweiteiliger Spiegelkranz mit Kristallglas, engl. nußbaum poliert, innen eichen, 1 Handtuchhänder. Mf. 250

Schlafzimmer III 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang mit Kachelinlage, 1 großer, zweiteiliger Spiegelkranz mit Kristallglas, engl. nußbaum poliert, innen eichen, 1 Handtuchhänder. Mf. 280

Schlafzimmer IV 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang, 1 großer zweiteiliger Spiegelkranz alles Kristallglas, engl., innen und außen eichen, 1 Handtuchhänder. Mf. 295

Schlafzimmer V 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang, 1 großer zweiteiliger Spiegelkranz mit Kristallglas, engl. hell nußbaum poliert, innen eichen, 1 Handtuchhänder. Mf. 320

Schlafzimmer VI 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang, 1 großer zweiteiliger Spiegelkranz mit Kristallglas, englisch, innen und außen eichen, mit Antarktis, 1 Handtuchhänder. Mf. 330

Schlafzimmer VII Diese Zimmer, innen und außen eichen, mit noch größeren Spiegelschränken und modernen Marmoranfassungen. Mf. 340 und Mf. 390

Schlafzimmer VIII 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang, 1 großer zweiteiliger Spiegelkranz, alles mit Kristallglas, in nußbaum poliert und Grundschmiederei, innen und außen eichen, 1 Handtuchhänder. Mf. 350 und Mf. 360

Schlafzimmer IX 2 Bettstellen, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanfang, 1 großer zweiteiliger Spiegelkranz mit Antarktis, hell nußbaum poliert, 1 Handtuchhänder. Mf. 430

alles nur prima Qualität und Ausführung und billiger wie jede Konkurrenz. Selbstfabrikation von Möbeln, Polstern und allen Arten Matratzen in Tegeora, Wolle, Kaput und Wollhaar, sowie alle Arten Divans und Garnituren bei billiger Berechnung.

Vom 13. Februar bis 20. Februar einschl. gebe ich auf alle Polster- und Kastenmöbel, kompl. Wohnungseinrichtungen, Ausfenstern und Federbetten einen Extra-Rabatt von 5%

b. f. A. Gesante Möbel werden bis zum Gebrauche zurückgestellt, beim Kauf muß aber eine Anzahlung geleistet werden. Lud. Seiter, Möbelhaus, Waldstr. 7.

Klagelieder für die Abenddächten in der Karwoche für die Solisten. Stück Nr. 1. — empfiehlt „Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Residenz-Theater, Waldstraße 30.



Wissenschaftliche und belehrende Projektionen Vorführungen in höchster Vollendung, in erleuchteten Räumen, für Groß und Klein, welche Damen und Töchter ungeniert allein besuchen können.

Samstag, den 12., Sonntag, den 13., Montag, den 14. und Dienstag, den 15. Februar 1910. Vertrag Act IX. Humoristisch. Herr B. will sein Glück bei dem Renner in Karlsruh verlieren. Aber das Glück, das ihm am Morgen gelächelt, scheint nicht hand zu halten. Nachdem er sich den Horn seiner Frau angesehen hat, fällt er in den Wasserreimer der Portierfrau, dann fällt er von der Straßenbahn und nach einer großen Verspätung kommt er auf dem Neuenplatz an. Dort folgt er mit einem Feldstecher einem der Vorgängen auf dem Neuenplatz, während ihm ein Taschendieb das Portemonnaie abnimmt. Ohne einen Pfennig in der Tasche macht er sich nun auf den Heimweg und erhält, als er zu Hause angelangt ist, von seiner Frau eine tüchtige Tracht Prügel. Die Waise kommt, die Waise kommt. Tonbild. Jährliche Feyer der Schulfinder in New-York. Durch dieses Bild wird uns eine schöne Seite der amerikanischen Schulen vor Augen geführt, denn an einem bestimmten Tage des Jahres versammeln sich alle Schulfinder der Stadt, um gemeinsam einen Tag im Freien zu verbringen. Derselbe wird ausgefüllt mit allerlei Sport, Freibildungen, Tänzen, Spielen usw. und sind alle diese einzelnen Spiele in weiteren Bildern vor Augen geführt. Müller auf dem Wall. Sehr erpöckend.

Der Othello von Stande von Daniel Riche. Humoristisch. Des wüthen Merces Hantsen. Naturaufnahme. Ein prachtvoller, klarer Morgen liegt über dem Meer, eine leichte rosige Färbung zeigt, wie die Sonne aus dem Meer steigt, um ihren Tageslauf zu beginnen. Ein leichter Wind erhebt sich und kauft fröhlich sich die Wellen. Immer stärker wird der Wind und größere Bogen spielen gegen den Strand, um wieder zurückgeworfen zu werden. Eine Küst über die andere in freier Wechsel. Die Sonne steigt höher, die schäumenden Bogen mit ihren farbigen Strahlen vergoldend. Endlich ist es Tag. Soweit der Blick reicht.

Zuschneideur für Damenschneiderei Privat und Beruf. Gründliche Ausbildung im Zuschneiden, Aufstellen, Kostümfragen nach unübertroffener neuer Methode. Nähmaschine für angehende Damen, in welchen die Arbeit zugeschnitten, gerichtet und anprobiert wird. Schnittverfahren nach persönlichem Maß. Näheres durch Prospekt. M. Egenolf, akadem. gepr. Zuschneidelehrerin, 35 Waldstraße 35. Fernsprecher Nr. 1458.

Maschinenschriftliche Vervielfältigungen aller Art. Hans Dinger, Karlsruhe i. B. Weinlandstr. 16. Übernahme aller sonst vorkommenden maschinenschriftlichen Arbeiten. — Lieferung nach auswärtig. — Muster und Preisangebots zu Diensten. Verschwiegenheitsbündel. Die Preise sind billig. Anfertigung schnellstens. Ausführung peinlich gewissenhaft und sauber.

Privat-Dienstboten. Köchinnen für Herrschaftshäuser, Mädchen die bürgerl. Kochen können, Mädchen zum Putzen, Kinder- und Zimmermädchen bei gutem Lohn für sofort und später gesucht.

Kaffeegeflügel-Verkauf. 2,0 weiße Italiener, 1909er Zucht; 1,0 Gamb. Eibler, „ „ 1,0 gelbe Depington, „ „ 8,8 Jap. Seidenhühner, „ „ 1,0 bronzebr. Truthahn, „ „ 2,4 weiße Bismantzen, „ „ 2,5 Hühner, „ „ 4,0 Bismantzen, hiezu 2,0 1909er Zucht; 2,0 indische Laufenten, 1908er Zucht. Städtische Gartendirektion, Karlsruhe i. B.

Städt. Arbeitsamt Weiblicher Arbeitsnachweis. Zähringerstraße 10.0. Telefon 629. Geschäftszeit von 8-12 1/2 u. 2-7 Uhr. Vermittlung völlig unentgeltlich.

Reparatur-Werkstätte für Fahrräder, Nähmaschinen u. Grammophone aller Art. Schnell und billige Bedienung. Adolf Böttcher, Büchsenmacher und Feinmechaniker Karlsruhe 44 Markgrafenstraße 44. NB. Die Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und gebracht.

Josef Simon, Triberg (Baden), empfiehlt als Spezialität: garantiert echtes Kirschwasser. Flasche Mf. 2.75.

Frankfurter Börsenkurse vom 14. Februar 1910. Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data.